

# DJG-Notizen!

Info-Brief der Bundesleitung für Mitglieder  
**Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.**



Das Weihnachtsfest ist die Zeit der Besinnlichkeit, bei dem jeder Mensch an den anderen denkt und ihm gerne eine Freude bereitet. Das muss nicht immer ein großes und teures Geschenk sein. Oftmals sagt ein weihnachtlicher Gruß mehr aus als jedes aufwändige Präsent. Ob mit oder ohne Geschenk, die richtigen Worte für den passenden Weihnachtsgruß zu finden, ist manchmal gar nicht so leicht. So geht es uns auch mit dem vorliegenden Info-Brief, auch da ist es auch manchmal gar nicht so einfach, all die Themen, die uns bewegen und die Arbeit, die wir uns damit machen in Worte zu fassen und in das richtige Licht zu rücken. Wir danken allen Autorinnen und Autoren, die den hier vorliegenden Info-Brief mit ihren Beiträgen in den letzten 4 Ausgaben unterstützt und bereichert haben. Wie wir erfahren haben, hat unsere Cartoon-Reihe schon eine eigene Fan-Gemeinde. Wenn Sie also Geschichten oder Ideen für einen Cartoon haben, die aus unserem "Justizarbeitsleben" gegriffen sind, wären wir sehr dankbar, wenn Sie uns an diesen teilhaben lassen würden. Beiträge nimmt Kollegin Gölzenleuchter unter [s.goelzenleuchter@djg-bund.de](mailto:s.goelzenleuchter@djg-bund.de) gerne entgegen. Für die kommenden Feiertage wünschen wir Ihnen viel Erholung und eine gute herzliche Zeit mit Ihren Lieben. Kommen Sie gut ins neue Jahr, möge es Ihnen alle Wünsche erfüllen.  
Ihre Bundesleitung

## JAHRESRÜCKBLICK

unseres Bundesvorsitzenden  
Emanuel Schmidt

## IM GESPRÄCH

mit Hubert Hüppe, ehem. Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen

## BUNDESTAGSDEBATTE

Schnellere Strafprozesse durch Aufzeichnung der Gerichtsverhandlung?

## Ein Jahr ist vorbei ....

... so schnell vergeht die Zeit, seit unserem Bundesgewerkschaftstag im November 2018 in Berlin.

Die neugewählte Bundesleitung hat sich in dieser Zeit in viele Aufgaben eingearbeitet und auch neue Herausforderungen, wie die bessere gemeinsame Vernetzung der Bundesleitungsmitglieder mit Hilfe einer gemeinsamen Arbeitsplattform in einer „Cloud“ realisiert.

So können wir auf kurzfristige Themen schneller reagieren und uns verabreden, ohne erst weite und kostspielige Gesprächstreffen abhalten zu müssen. Dies schont auch unsere DJG-Bundeskasse.

Aber nicht nur intern wollen wir neue Akzente setzen, sondern auch in der Außendarstellung unserer DJG Bund. Es wurde daher fleißig an einem neuen Internet-Auftritt gearbeitet, der schon in Kürze alle Mitglieder und Freunde der DJG in professionellem Layout ansprechen soll. Unser besonderer Dank gilt hier unserer IT-Expertin in der Bundesleitung, Silke Göldenleuchter, die mit profunden Kenntnissen „das Internet-Schiff“ für uns wieder klarmacht.

Aber was nützt uns der glänzende Internet-Auftritt, wenn wir diesen nicht mit Inhalten füllen? Auch hierum hat sich die DJG-Bundesleitung im ersten „Amtsjahr“ in Zusammenarbeit mit unseren starken Fachbereichen eifrig gekümmert. Nahezu alle Fachbereiche auf Bundesebene konnten im auslaufenden Jahr ihre Sitzungen abhalten und so neue Ideen und Strategien aus fast allen Landesverbänden zusammentragen, um so gemeinsame Ziele und Forderungen gegenüber den Verantwortungsträgern auf Bundes- und Landesebenen zu formulieren.

Die Berichte unserer Fachbereiche haben ebenfalls eine neue Plattform erhalten, wo sie schon jetzt besonders interessiert gelesen werden: unser (Online)-Mitgliedermagazin „DJG-Notizen“. Nach einigen Geburtswehen konnte unser Infobrief erfolgreich an den Start gehen und informiert, mittlerweile in der vor Ihnen/Euch liegenden vierten Ausgabe, über die wesentlichen Geschehnisse, Fachbereichssitzungen, Termine und Anekdoten aus unserer großen DJG-Familie.

Es wäre schön, wenn die Inhalte unserer „DJG-Info“ von allen interessierten Mitgliedern in den jeweiligen Landesverbänden noch aktiver unterstützt und verbreitet würden – nur so kann ein lebendiger Austausch zu Stande kommen.

Wichtig ist noch, dass wir uns als DJG-Bundesleitung, in neuer Formation gemeinsam nach außen zeigen, um dass es sich nicht nur um eine „One-Man/One-Woman-Show“ handelt, wenn die DJG in die Öffentlichkeit tritt.

Die neue DJG-Bundesleitung hat sich verabredet, öffentliche Termine als „Team-Aufgabe“ zu sehen und in verschiedener persönlicher Präsenz zu unterschiedlichen Anlässen jeweils ein anderes Gesicht zu zeigen. Oder wir sind alle gemeinsam

vor Ort. Dies zeigt auch die von uns empfundene Vielfalt in der Justiz. Wir in der Deutschen Justiz-Gewerkschaft sind Justizwachtmeister, Justizbeschäftigte, Justizfachwirte, Gerichtsvollzieher, Soziale Dienste, Rechtspfleger, Amtsanwälte, Richter, Staatsanwälte und IT-Fachleute.

Die Bundesleitung ist ein solches Spiegelbild unserer unterschiedlichen beruflichen Tätigkeiten, die allesamt in der Justiz eine gemeinsame Heimat haben.

Diese Eigenschaft zeichnet uns aus und macht uns als größte Fachgewerkschaft der Justiz zu etwas Besonderem und zu



kompetenten Ansprechpartnern in der Bundes- und Landespolitik. Wir sollten unsere Vielfalt auch im kommenden Jahr noch mehr nutzen, um zu beweisen, dass unsere kollegiale Gemeinsamkeit in der DJG unsere Stärke sein kann.

Ihnen/Euch und allen Angehörigen wünschen wir ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr 2020!

Ihr/Euer  
Emanuel Schmidt  
Bundesvorsitzender

## Echt jetzt?!

### Gedanken zur Bundestagsdebatte: schnellere Strafverfahren und Aufzeichnung von Strafverhandlungen

Mit einer neuen innovativen und sensationellen Idee wartete der parlamentarische Staatssekretär Christian Lange in der Bundestagsdebatte auf und schaffte es damit gar in die [Tagesschau](#). So erklärte er in seiner [Rede](#), dass das "mitschreiben" der Richter im Strafprozess nicht mehr zeitgemäß sei und von daher Verhandlungen künftig aufgezeichnet werden sollten.

Hier wird wieder einmal deutlich, wie wenig Ahnung unsere politisch Verantwortlichen von der Justiz haben.

Wenn man sich die tägliche gerichtliche Praxis einmal anschaut, dann erkennt man schnell, dass die Aufzeichnung von Verhandlungen, wenn überhaupt, nur in ganz wenigen Fällen sinnvoll wäre.

Bspw. werden Urteile in Strafsachen bei den Amtsgerichten unmittelbar nach Schließung der Beweisaufnahme verkündet.

In solchen Verfahren würde die Aufzeichnung der Richterschaft kaum Nutzen bringen. Wenn es dem Staatssekretär darum geht, in Berufungsverfahren Rechtsfehler nachzuweisen, so sollte er als Volljurist, der das Referendariat durchlaufen hat, wissen, dass es dazu auch keiner Aufzeichnung bedarf. In jedem Strafverfahren ist ein Protokollführer anwesend, der neben Inhalts- oder angeordneten Wortprotokollen mindestens den Verfahrensablauf während der Verhandlung dokumentiert.

Im übrigen steht dem Ansinnen derzeit auch § 169 Abs. 2 S. 1, 3 GVG entgegen. Das GVG lässt zwar Aufzeichnungen zu wissenschaftlichen und historischen Zwecken zu, schränkt aber deren Nutzung wie folgt ein: "Die Aufnahmen sind nicht zu den Akten zu nehmen und dürfen weder herausgegeben noch für Zwecke des aufgenommenen oder eines anderen Verfahrens genutzt oder verwertet werden."

Statt sich zunächst darum zu kümmern, dass der im letzten Jahrzehnt politisch verordnete Personalabbau zügig umgekehrt, der öffentliche Dienst attraktiver gemacht, die mit dem Gesetz zum elektronischen Rechtsverkehr notwendig werden die Einführung der eAkte einheitlich umgesetzt wird, die digitalen Netze entsprechend ausgebaut werden, um nur einige der dringlichen Aufgaben zu nennen, wird das nächste Projekt vorangetrieben, um gut da zu stehen. Im weiteren Verlauf seiner Rede kündigte er an, dass noch in 2019 eine Experten-



gruppe die Umsetzung prüfen wird.

Einmal mehr werden auf der politischen Bühne Scheinprobleme statt den real Bestehenden gelöst.

Glaubt denn wirklich jemand, dass ein Strafverfahren durch die Aufzeichnung schneller wird?

Für die Justiz gibt es genug andere Probleme, die mit der Digitalisierung einhergehen und für die es dringend Lösungen braucht, da müssen nicht

noch zusätzliche geschaffen werden, die schon im Vorfeld Personal binden und kaum zur Lösung von schnelleren Verfahren beitragen.

Fraglich ist dabei auch, ob die Digitale-Infrastruktur solche Datenmengen, wenn man denn schon jede Verhandlung aufzeichnen möchte, überhaupt verarbeiten kann.

Apropos Digitalisierung, das Justizministerium sollte sich auch der Tatsache stellen, dass die eingesetzten Systeme des elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) nicht stabil laufen. Als Beispiel sei, das von der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) betriebene besondere Anwaltspostfach (beA) genannt, immerhin wurde die BRAK per Gesetz aus dem Justizministerium zur Umsetzung verpflichtet.

So kann der Webseite des beA entnommen werden, dass es bereits im laufenden Jahr 30-Ausfälle gab, der eine oder andere Ausfall dauerte sogar über Tage hinweg. Von der, in der beA-Leistungsbeschreibung, zugesicherten Hochverfügbarkeit von 99.9 % ist man damit Lichtjahre entfernt.

Für Gerichte, die bereits den elektronischen Postausgang betreiben, birgt dieser Umstand auch Mehrarbeit und kostet Geld: Was nicht per Mausclick versendet werden kann, muss gedruckt, eingetütet und zur Post gebracht werden.

Währenddessen die gerichtliche eAkte auf sich warten lässt, elektronische Posteingänge ausgedruckt werden müssen, der ERV nicht wirklich stabil läuft, in Berlin wochenlang ein komplettes Kammergericht aufgrund Virenbefall und veralteter Software still steht, macht sich das Justizministerium also Gedanken über die digitale Aufzeichnung von Gerichtsverhandlungen, *Echt jetzt?! (SG)*

## Fachbereich mittlerer Dienst tagt im Saarland

Vom 26. bis 29. September 2019 tagten die Mitglieder des Fachbereichs mittlerer Dienst im saarländischen Eppelborn. Der Fachbereich hat damit erstmals den Versuch gestartet, statt zwei Sitzungen à zwei Tage pro Jahr eine Sitzung an ins-



gesamt vier Tagen durchzuführen. Der Ansatz war der richtige; es blieb viel mehr Zeit, auf komplexe Themen ausführlich einzugehen und zu erörtern.

Nach der Begrüßung durch den Fachbereichsvorsitzenden Helmut Leu stieg die Gruppe nach einer kurzen Vorstellungsrunde – es ist immer wieder schön, auch neue Gesichter in der Gruppe zu sehen – gleich in die umfangreiche Tagesordnung ein. Unsere Hauptaufgabe bestand in diesem Jahr darin, ein Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft Justiz auf Bundesebene, mit richtigen und vollständigen Inhalten zu füllen, das zum einen bei den anderen Fachgewerkschaften in der Justiz konsensfähig ist und zum anderen klar die Handschrift der DJG trägt.

Wir befassten uns in unserem Fachbereich insbesondere mit dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle, haben aber auch alle anderen Berufsgruppen beleuchtet und ggf. Änderungen oder Ergänzungen eingearbeitet. Den Justizfachwirt – also den Beamten des mittleren Justizdienstes – sieht der Fachbereich im Hinblick auf die sich ändernden Arbeitsabläufe im Rahmen der Einführung der elektronischen Akte künftig überwiegend auf Sachbearbeiterebene. In diesem Zusammenhang wurden erneut Arbeitsvorgänge diskutiert und skizziert, die von anderen Diensten auf den mittleren Dienst übertragbar sind. Wir denken hier weiterhin an die Geldstrafenvollstreckung bei den Staatsanwaltschaften, die bereits gesetzlich normiert ist. Kostenfestsetzungsverfahren und weitere Aufgabenbereiche, die bisher vom Rechtspfleger bzw. dem Urkundsbeamten des gehobenen Dienstes bearbeitet werden, sind denkbar und sollen durch entsprechende Gespräche in den Ministerien weiter beworben werden.

Besonderes Augenmerk legt der Fachbereich aber auf die Übertragung von Verwaltungsaufgaben und im Bereich der IT. Viele Länder haben die Zeichen der Zeit erkannt und bereits reagiert. So hat der Fachbereich den Entwurf eines „Teil-Personalentwicklungskonzepts für die Wahrnehmung von IT-Aufgaben in der Justiz“ ausdrücklich begrüßt. Mit diesem Konzept, das aus der Feder des Ministeriums der Justiz des Saarlandes stammt, sollen justizfachlich ausgebildete Kolleginnen

und Kollegen – sowohl des mittleren als auch des gehobenen Dienstes – für den Bereich der IT in den Gerichten und Staatsanwaltschaften und im Ministerium selbst rekrutiert werden. Im Zusammenhang mit diesen genannten Tätigkeiten muss auch der Praxisaufstieg wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Weitere Themen wie Berichte des jeweiligen Sachstands aus den Ländern zur Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zeiten mobiler Arbeit sowie der Arbeitszeiterfassung nach einem aktuellen EuGH-Urteil (Ende der Vertrauensarbeitszeit?) rundeten die Veranstaltung ab.

Der Fachbereich mittlerer Dienst hat sich auch darauf verständigt, dem Bundesvorstand die Gründung eines Fachbereichs IT vorzuschlagen, weil gerade dieser Bereich immer arbeits- und personalintensiver in der Justiz wird und, wie bereits ausgeführt, eine gute Chance der Fortentwicklung im Hinblick auf einen attraktiven Arbeitsplatz der Zukunft für unsere Kollegin-



nen und Kollegen darstellt.

Am Samstag Nachmittag besuchte der Fachbereich den Schaumberg, eine der höchsten Erhebungen des Saarlandes und hatte dort in der Schaumbergalm und auf dem Schaumbergturm Gelegenheit, in ungezwungener Atmosphäre die schöne Landschaft zu genießen und sich weiter auszutauschen.



Die nächste Sitzung des Fachbereichs mittlerer Dienst findet vom 02.- 05.07.2020 in Königslutter, Niedersachsen statt. (DB)

## Bundesjugendausschuss 07.– 09.11.2019 in Willingen



Der diesjährige Bundesjugendausschuss der DJJ fand im schönen Willingen (Upland) statt. Rund 16 junge Kolleginnen und Kollegen quer aus der Bundesrepublik haben sich auf den (stellenweise abenteuerlichen) Weg gemacht, um gemeinsam über die Belange der Jugend zu sprechen.

Neben den Mitgliedern des Bundesjugendausschusses durften wir unsere Kooperationspartner Johannes

Gutekunst von der Debeka, Daniel Heath von der Wüstenrot und Alexander Konzack vom dbb-Vorsorgewerk begrüßen. Auch die dbb jugend Bund war durch den stellvertretenden Vorsitzenden Philipp Mierzwa vertreten.

Am Donnerstag (07.11.) stand die Anreise der Teilnehmer\*innen und ein gemütliches Kennenlernen am Abend an. Am Freitag starteten wir mit einer vollbeladenen Tagesordnung in die Sitzung.

Zunächst erhielten die Teilnehmer\*innen noch einmal die Chance sich genauer in einer Vorstellungsrunde miteinander bekannt zu machen. Hierzu durfte sich jeder ein Schlagwort zu seiner Persönlichkeit, seinem Beruf und seinen Hobbys überlegen. Auch haben wir uns als Bundesjugendleitung dafür interessiert, welche Gedanken jeder auf dem Weg ins schöne Sauerland hatte.

Neben den üblichen Formalien, folgte zunächst ein ausführlicher Bericht der Bundesjugendleitung über die im letzten Jahr



vergangenen Veranstaltungen, René Pellegrini hielt seinen Kassenbericht.

Weiter wurde von Themen berichtet, welche gerade aktuell die DJG-Familie beschäftigen.

Am Nachmittag starteten wir in einen Workshop geleitet von Alexander Konzack und Philipp Mierzwa. Beide nutzten die Gelegenheit zum einen die dbb jugend Bund und ihre Strukturen sowie das dbb-vorsorgewerk vorzustellen.

Zu Beginn mussten die Teilnehmer sich die Frage stellen „Was bedeutet Gewerkschaft für mich? Was ist Gewerkschaft für mich?“. Nach Auswertung der Antworten wurden diese gemeinsam in die drei Kategorien Wertung, Leistung und Vorteile eingeordnet.

Danach erarbeiteten die Teilnehmer\*innen interessante Antworten auf die Fragen:

- Ideen zur Ansprache neuer, junger Mitglieder
- Welche Erwartungen habt ihr an die Gesamtorganisation?
- Welche Unterstützung benötigen wir vor Ort/in den Bundesländern von der Bundesjugendleitung; dbb jugend; von der Gesamtorganisation und durch die Kooperationspartner.

Nach diesem arbeitsreichen Nachmittag ging es dann zum gemeinsamen Abendessen in die Innenstadt von Willingen und anschließend zum Bowling.

Am Samstag starteten wir zunächst mit einer Feedbackrunde zum Workshop vom Vortag.

Danach folgten die Berichte aus den Bundesländern, eine super Möglichkeit zum Austausch und zur Hilfestellung. Weiter wurde der neue Termin



für den nächsten Bundesjugendausschuss 2020 festgelegt, von dem anstehenden Seminar im März 2020 berichtet und Ideen für die Anschaffung von Werbemittel diskutiert.

An dieser Stelle bitte vormerken:

**01.03. bis 03.03.2020** Seminar im dbb-Forum Siebengebirge in Königswinter gemeinsam mit der DJG-Bundesleitung.

**18.11. bis 21.11.2020** Bundesjugendausschuss (Ort wird rechtzeitig bekannt gegeben, man munkelt es handelt sich um einen Ort in Bayern )

Nach zwei tollen Tagen mit einer super Truppe, verabschiedete Julia Konrad alle Teilnehmer. (JK)

## Fachbereich Senioren tagte und schlief im Karmelitenkloster in Bamberg

Ein außergewöhnlicher Tagungsort für die diesjährige Arbeitstagung der Senioren in einer einzigartigen Stadt im Norden des Bundeslandes Bayern, die sich über 7 Hügel erstreckt und deren Altstadt seit 1993 als Weltkulturerbe in die Liste der UNESCO eingetragen wurde.

Auf diesem historischen Boden mit seinem besonderen Flair ließen sich neue Ideen kreativ entfalten und Anregungen für



die künftige Arbeit entwickeln.

Unterschiedliche Themen hatten wir zu bewältigen, die wichtigsten seien hier erwähnt:

Wir diskutierten intensiv zu der Thematik der Besteuerung der Renten und die damit verbundenen Nachzahlungen in nicht unerheblichem Umfang. Besonders stark betroffen ist der Personenkreis, der vor der Verbeamtung eine Vielzahl von Jahren im Angestelltenverhältnis tätig war. Überwiegend trifft dies auf die Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern zu. Das Gremium war sich im Ergebnis einig, dass unsere Mitglieder vor Eintritt in das Renten-Pensionsalter umfänglich und länderübergreifend eine Grundinformation über die zu erwartenden Versorgungs- und Rentenbezüge und die zu erwartende Besteuerung aus den Alterseinkünften erhalten sollten, was auch gleichzeitig zur Beibehaltung der Mitgliedschaft in der DJG dienen soll.

Der Fachbereich sieht es als erforderlich an, Informationen und Beratungen mit Fachleuten aus dem Versorgungsamt, der Deutschen Rentenversicherung und dem VbL anzustreben, um zu erreichen, dass das Versorgungsamt im Rahmen eines Datenaustauschprogramms (analog des Versorgungsanspruches) die Steueranteile aus den Alterseinkünften sofort

abzieht, damit Nachzahlungen vermieden werden.

Der Fachbereich unterstützt fernerhin die Forderung, die Mütterrente den Beamtinnen in allen Bundesländern zuzugestehen und anzuerkennen. Eben diese unbegründbare Ungerechtigkeit in der Behandlung von Tarifbeschäftigten und Beamtinnen sollte nicht länger stillschweigend hingenommen werden.

Eine politische Grundsatzentscheidung kann aber durch den Fachbereich Senioren in der DJG nicht beeinflusst und erreicht werden.

Eingehend wurde auch über das Zusammentreffen der FB-Leiterin mit dem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn während seines öffentlichen Auftritts in der Stadt Zossen am 19. August 2019 informiert und auch darüber, dass ein Gespräch mit dem Minister und der Seniorengruppe zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausgeschlossen ist. Dieser Termin findet tatsächlich am **10. Dezember 2019** mit dem Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung und Staatssekretär Andreas Westerfellhaus in Berlin statt.

Der Fachbereich beschloss, die kommende Arbeitstagung 2020 in Erfurt, der Hauptstadt des zentral gelegenen Bundeslandes Thüringen, abzuhalten.

Die Zeit bis dahin vergeht schnell. Aber nun erwartet uns erst einmal die schöne Advents- und Weihnachtszeit. Ob sie be-



sinnlich wird oder berauschend, nachdenklich oder erlebnisreich? In jedem Falle hoffe ich jedoch gesund und munter.

Ich wünsche uns allen eine friedliche, harmonische und beschauliche Zeit und freue mich auf die kommende großartige Zusammenarbeit, für die ich mich an dieser Stelle und hiermit sehr herzlich bedanke. Ein dickes **DANKESCHÖN** an Jochen Freytag, der für uns den Aufenthalt in Bamberg meisterhaft organisierte. (SW)

„Es ist normal, verschieden zu sein. Es gibt keine Norm für das Menschsein.“

Richard von Weizsäcker

## Inklusion gemeinsam in Behörden und Dienststellen voranbringen



Der Fachbereich "Menschen mit Behinderungen" traf sich am 23. und 24. September 2019 in der dbb-Akademie in Königswinter.

Themen waren u.a. die Gewinnung neuer Mitglieder, die Ausrichtung der Arbeit des Fachbereichs innerhalb der Justizgewerkschaft und die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in der Justiz.

Wir haben uns sehr gefreut, dass Hubert Hüppe, ehem. Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, bei dem Treffen dabei sein konnte. Gemeinsam haben wir erörtert, wo Probleme für schwerbehinderte Beschäftigte liegen und welche Schritte Gewerkschaften und Dienststellen gehen sollten, um diese zu lösen.

### Teilfreistellungsregelung für Schwerbehindertenvertretung

In den Teilfreistellungsregelungen für die Schwerbehindertenvertretungen bemängelte Hüppe beispielsweise, dass der öffentliche Dienst nicht mit gutem Beispiel vorangehe. Es fehle weiterhin an einer einheitlichen Regelung. Das müsse sich seiner Ansicht nach ändern. Allerdings müssen sich die Forderung nach der „besten“ Regelung richten. Eine solche, seit Jahren, bewährte Regelung gibt es bspw. im Ressort des Bundesfinanzministeriums, teils auch in einzelnen Bundesländern.

### Erhöhung der Beschäftigungsquote, Inklusion und Ausgleichsabgabe

Inklusion bedeutet u.a. auch, dass Menschen, die in Werkstätten für Menschen mit Behinderung arbeiten, in den ersten Arbeitsmarkt kommen. Allerdings fehle es Hüppe's Ansicht nach an Kontrollen, ob Werkstätten für Menschen mit Behinderung „erfolgreich“ Inklusion betreiben oder nicht. Der Fachbereich forderte, dass Stellen für Menschen mit Behinderungen im Haushaltsplan der Behörden festgelegt werden, um auch Menschen aus Werkstätten einstellen zu können. Die bürokratischen Hürden seien jedoch zu hoch. Menschen aus Werkstätten arbeiten zwar in der Justiz, jedoch werden diese nicht auf einer Haushaltsstelle der Justiz geführt und gehören somit nicht dem ersten Arbeitsmarkt an, so Günter Uhlworm.

Um das Ziel, mehr Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt zu bringen, zu erreichen, forderte Hubert Hüppe, dass sich die Gewerkschaften und die Schwerbehindertenvertretungen verstärkt für die Erhöhung der Ausgleichsabgabe einsetzen. Gleichzeitig müsse die Ausgleichsabgabe zweckge-

bunden, gezielt für die Inklusion am ersten Arbeitsmarkt eingesetzt werden und dürfe nicht in Werkstätten „gesteckt“ werden. Die Ausgleichsabgabe sei ursprünglich zweckgebunden gewesen, um Leute in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Das müsse wieder so werden.

### Kontakt zum Fachbereich:

#### Heidi Stuffer

Vorsitzende des Fachbereichs „Menschen mit Behinderungen“  
Dienststelle: Amtsgericht München  
Pacellistraße 5, 80333 München  
Tel.: 0 89 / 55 97 - 33 03  
Mobil (dt.): 0 152 / 54 55 64 87  
PC-Fax: 0 180 / 1000 96 500 321  
eMail: [heidi.stuffer@ag-m.bayern.de](mailto:heidi.stuffer@ag-m.bayern.de)

### Übertragung der sachlichen Zuständigkeit für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Schwerbehindertenrecht

Nach Ansicht des Fachbereichs "Menschen mit Behinderungen" sollte die Zuständigkeit für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 238 SGB IX an die Zollbehörden übertragen werden. Die Bundesagentur für Arbeit halten wir grundsätzlich für nicht geeignet, unabhängig vom Arbeitgeber zu agieren, wegen der Gefahr von Interessenkollisionen. Hüppe unterstützt das, da dies seiner Ansicht nach auch für die BfA eine Entlastung wäre, nicht mehr für Unstimmigkeiten in den Dienststellen zuständig zu sein.

### In der weiteren Diskussion.....

hinterfragte Hüppe, warum die Belange von Menschen mit Behinderung und das Thema Inklusion im Sozialministerium angesiedelt sind. Er plädiert dafür, dass das Kanzleramt oder die Staatskanzleien hierfür zuständig sind. Das wäre ein Meilenstein für die Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen der Gesellschaft.



Die Mitglieder des Fachbereichs "Menschen mit Behinderungen" Heidi Stuffer, Günter Uhlworm, Kay Wollesen, Uwe Diederich sowie Silke Göldenleuchter (Bundesleitung) bedankten sich bei Hubert Hüppe mit einem Bierkrug vom gleichzeitig stattfindenden Münchner-Oktoberfest, aus der Heimat der Vorsitzenden. (HS)

## STECKBRIEF:

### **Wolf-Dieter Müller**

stv. Bundesvorsitzender

LV: Schleswig-Holstein  
Mitglied in der DJG seit  
8 Jahren

Justizangestellter als  
Informatiker



## Der Fragebogen - eine etwas andere Vorstellung

**Wenn Du eine berühmte Persönlichkeit treffen könntest: Wer wäre es und warum?**

Angela Merkel, um Ihr zu sagen, dass ich es unmöglich finde, wie locker manche Politiker mit unseren Steuern umgehen und nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wenn diese Millionen verschwendet haben. (PKW-Maut, Gorch Fock, Nord-LB usw.) Gehen diese Politiker auch mit ihrem Privatvermögen so locker um?

**Für welche drei Dinge in Deinem Leben bist Du am dankbarsten?**

Das meine Frau mich bereits seit Jahrzehnten immer unterstützt, ich eine wunderbare Tochter mit süßen Enkeln und tollem Schwiegersohn habe, und dass ich in meinem Alter gesundheitlich noch fit bin.

**Wenn Du eine Sache auf der Welt verändern dürftest: Was wäre das?**

Das der weltweite Frieden hergestellt wird und es nie mehr Krieg gibt.

**Hast Du einen Lieblingsfilm und welche Szene würdest Du immer wieder schauen?**

Doctor Schiwago nicht welche Szene sondern die Filmmusik, finde ich, geht unter die Haut.

**Auf welche Frage hattest Du in letzter Zeit keine Antwort und hast Du sie finden können?**

Ob ich mit 90 Jahren noch gesund und munter bin. Leider kann mir das niemand beantworten.

**Wenn Dein Leben verfilmt würde: Welche(r) Schauspieler(in) würde Dich spielen?**

Heinz Rühmann, ich denke da an die Feuerzangenbowle.

**Wofür würdest Du mitten in der Nacht aufstehen?**

Für alle die mich Nachts anrufen und um Hilfe bitten.

## Kurz berichtet:

### Termine:

10.12.2019	DBB Bundesvorstandssitzung
10. bis 12.12.2019	Fachbereichstagung: soziale Dienste in Weimar
05.01.2020	Bundesleitungssitzung in Köln
05. bis 07.01.2020	DBB Jahrestagung 2020 in Köln
17. bis 18.02.2020	Fachbereichstagung: Menschen mit Behinderung (Ort steht noch nicht fest)
01. bis 03.03.2020	gemeinsames Seminar der Bundesleitung und der Jugend in Königswinter
05.03.2020	Bundesleitungssitzung in Königswinter
06. bis 07.03.2020	Bundesvorstandssitzung in Königswinter

### Personalratswahlen 2020:

Im nächsten Jahr finden für folgende Länder Personalratswahlen statt:

Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Bremen, Berlin und im Bund. Die Wahlen werden für die genannten Bundesländer und Bund im Zeitraum von 1. März bis zum 31. Mai 2020 durchgeführt.

Für diejenigen, die sich mit dem Gedanken tragen für den Personalrat zu kandidieren, hat der DBB auf seiner Webseite umfangreiche Informationen zusammengestellt. <https://www.dbb.de/politik-positionen/mitbestimmung/personalrat/personalratswahlen.html>



## Aus den Landesverbänden ...

### DJG-Saar: Bundesverdienstkreuz für Elmar Schneider

Mit Freude hat die Deutsche Justiz-Gewerkschaft im Saarland davon Kenntnis genommen, dass ihr Landesehrenvorsitzender Elmar Schneider am 30.09.2019 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet worden ist.

Elmar Schneider war Beamter des mittleren Justizdienstes und dort in allen Bereichen tätig, zuletzt war er als Kostenbeamter beim Amtsgericht Merzig eingesetzt. Viele Jahre war er auch Mitglied im Hauptpersonalrat der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Vollzugsanstalten bei dem Ministerium der Justiz.

Elmar war über 18 Jahre – von 1990 bis zu seiner Ruhestandsversetzung im Jahr 2008 – Landesvorsitzender der DJG Saar und hat mit seiner Arbeit und seiner Ausgeglichenheit die DJG mit geprägt. Der Kollege steht der der DJG Saar bis heute jederzeit mit Rat und Tat zur Seite und ist regelmäßig gern gesehener Gast in unseren Vorstandssitzungen. Unter seiner Führung hat sich die Deutsche Justiz-Gewerkschaft von einer einst nur für Beamte zugänglichen Gewerkschaft auch für Tarifbeschäftigte geöffnet. Elmar hatte stets alle Berufsgruppen im Blick.

Zudem leistet Elmar bis heute im saarländischen Landesverband des Bundes der Ruhestandsbeamten seinen Beitrag und wurde im Jahr 2016 zu dessen Vorsitzenden gewählt. Nicht zuletzt für diese jahrelange ehrenamtliche Tätigkeit im Justizbereich wurde Elmar mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Elmar Schneider ist seit über 40 Jahren Schiedsman in seinem Heimatort Uchtelfangen und seit 15 Jahren Vorsitzender der Schiedsmanvereinigung. Darüber hinaus ist er im Presbyteri-

um der Evangelischen Kirche aktiv.

Er hat sich des Weiteren in vielen Vereinen und Verbänden intensiv eingebracht und tut bis heute, sei es als Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender oder Kassierer im Vorstand.

„Sie haben Zeit Ihres Lebens viele ehrenamtliche Aufgaben übernommen und somit auf vielfältige Art und Weise zum Wohle unserer Gesellschaft ange-

packt“, dankte der Staatssekretär im Innenministerium Christian Seel in seiner Laudatio Elmar Schneider.

Diesem Dank schließt sich die DJG an und gratuliert Elmar ganz herzlich zu dieser hohen Auszeichnung (DB).



### DJG-Brandenburg: Besuch in der JVA Nord-Brandenburg



In guter Tradition haben wir auch in diesem Jahr der JVA Nord-Brandenburg, Teilanstalt Wriezen einen Besuch abgestattet. In gewohnter Manier hat der Anstaltsleiter Herr Voigt uns zu einer Gesprächsrunde empfangen. Wir konnten einiges Neues über die Entwicklungen des Justizvollzuges erfahren. Danach erkundeten wir, wie von uns gewünscht, mit Frau Franke die JVA.

Neben den Einblick in die schulischen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen, konnten wir uns umfassend über den Alltag der Gefangenen informieren.

Dafür vielen Dank und bis zum nächsten Mal (MF).



## DJG-Saar: Aktionstag für mehr Personal in der Justiz am 30. Oktober 2019

Eine bundesweit einzigartige und beeindruckende Veranstaltung haben die saarländischen Berufsverbände in der Justiz am 30. Oktober 2019 auf die Beine gestellt.

Im Haushaltsnotlageland Saarland werden seit 2013 konsequent in allen Bereichen der Justiz Stellen abgebaut. Jetzt, ein Jahr vor dem Ende der Sparmaßnahmen, steht die gesamte saarländische Justiz – und damit vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – kurz vor dem Kollaps.

Die überlasteten Kolleginnen und Kollegen erwarten zu Recht Unterstützung und Gehör von der Politik.

So haben die Deutsche Justiz-Gewerkschaft, der Bund Deutscher Rechtspfleger, der Saarländische Richterbund und der Verband der Verwaltungsrichter am 30.10.2019 einen Aktionstag für mehr Personal in der Justiz aufgerufen. Unterstützt wurde die Veranstaltung durch unseren Dachverband, den dbb saar, dem Saarländischen Anwaltverein und dem Verband der Bewährungshelfer im Saarland.

Bereits am Tag vor der eigentlichen Veranstaltung hat der Saarländische Rundfunk in der Staatsanwaltschaft, im Landgericht und im Amtsgericht Saarbrücken gedreht und die Bevölkerung auf die Missstände in der Saarländischen Justiz hingewiesen. Am Tag selbst gab es ganztägig Radioberichte. Auch war das Fernsehen wieder vor Ort. Vertreter der Saarbrücker Zeitung haben an unserer gemeinsamen Pressekonferenz teilgenommen und ebenfalls an zwei Tagen berichtet.

Rund 400 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der Justizverwaltung sind unserem Aufruf zur „Aktiven Mittagspause“ vor dem Ministerium der Justiz mit anschließendem Protestzug zum Landtag des Saarlandes gefolgt. Eine herausragende Leistung der Kolleginnen und Kollegen!

Staatssekretär Roland Theis schenkte uns vor dem Ministerium Gehör und stand anschließend Rede und Antwort. Vor dem Landtag zeigten sich neben unserem Justiz- (und Finanz-)minister Peter Strobel auch Abgeordnete der Großen Koalition sowie der Linken, die ebenfalls nach den Veranstaltern zu den Kolleginnen und Kollegen sprachen.

Insbesondere auf den Hinweis der DJG, dass im Bereich der Geschäftsstellen / Serviceeinheiten schon seit 2004 – im Rahmen der Einführung von Serviceeinheiten – massiv Stellen abgebaut wurden und seit 2013 auch und gerade wieder in diesem Bereich am stärksten eingespart wurde, sah man besorgniserregte Gesichter. Von 2004 bis 2020 wird man sage und schreibe 121 Stellen im Geschäftsstellenbereich abgebaut haben. Dass in diesem Bereich dringender Handlungsbedarf besteht, wurde auch von den Richtern, Staatsanwälten, Rechtspflegern, Bewährungshelfern und der Anwaltschaft nochmal öffentlich untermauert.

Die DJG bedankt sich an dieser Stelle ausdrücklich für die Unterstützung!

Direkt nach der Veranstaltung sagten Minister Strobel als auch die Abgeordneten zu, dass man sich zeitnah zu einem Arbeitsgespräch treffen werde um auszuloten, „trotz bestehenden Doppelhaushalts noch das ein oder andere rauszuholen“ für die Kolleginnen und Kollegen in der saarländischen Justiz. Spätestens im kommenden Jahr bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2021 sagte Minister Strobel zu, „mehr für sein Ressort zu tun“.

Die DJG Saar wird die Gespräche begleiten bzw. den Fortschritt kritisch beobachten und uns bei Bedarf auch regelmäßig einklinken.

Allen teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen sowie Mitveranstaltern ein herzliches Dankeschön für die großartige und beeindruckende Unterstützung sowie den Abgeordneten, dem Minister und Staatssekretär für ihr offenes Gehör.

So funktioniert gelebte Zusammenarbeit über Verbandsgrenzen hinweg. Diese Zusammenarbeit wollen alle Verbände gemeinsam fortsetzen.

In der Mediathek des SR Fernsehens findet man im „Aktuellen Bericht“ am 29. (2. Beitrag) und 30.10.19 (Nachrichtenteil) die Berichte unserer Aktion. Ebenso waren wir im „Bericht aus Berlin“ in der ARD am 03.11.2019 (ARD-Mediathek, ab Minute 12:00) zu sehen (DB).

## DJG-Hamburg: Grünkohlfahrt 2019

Wie auch im letzten Jahr hatte der Landesverband Hamburg der DJG seine Mitglieder zu einem gemeinsamen Austausch eingeladen. Los ging es mit 44 Teilnehmern am Sonntag, den 3. November mit einer historischen S-Bahn zum zünftigen Grünkohlessen.



Auf der Fahrt in den Sachsenwald gab es Gelegenheit mit anderen Mitgliedern der DJG ins Gespräch zu kommen und sich beim begleitenden Zugpersonal über die Besonderheiten der historischen Bahn zu informieren. Wie man sieht, gab es auch leckere Getränke im Zug.



Nach einem kurzen Aufenthalt in Blankenese ging die Fahrt dann weiter bis Aumühle. Eine Verlosung von 11 Center-Gutscheinen machte auch diesen Abschnitt der Fahrt sehr kurzweilig. Unsere Glücksfee war dieses Jahr die Ehrenvorsitzende der DJG Hamburg Elke Koch.



Die Gewinner der 10 € Gutscheine freuten sich ebenso wie der Gewinner des Hauptgewinns.

Der Kollege Wachtmann vom Amtsgericht holte sich seinen Hauptgewinn, einen 50 € Gutschein für einen Einkauf in der Europa-Passage ab.



Nach Ankunft in Aumühle ging es für alle Teilnehmer ins „Restaurant Waldesruh am See“ zum ausgiebigen Grünkohlessen. Das Essen war sehr lecker und reichlich, auch wenn es vielleicht nicht so aussieht. Es gab noch jede Menge Nachschlag! Die Rückfahrt mit der Bahn rundete einen tollen Tag im Kreise der DJG-Familie ab. (MR)

					Welche Stadt besuchte Jens Spahn	dt. Moderator (___ Pocher, *1978)	Abk. Single Euro Payments Area	Arbeitskamp f	Wen traf Sabine Wenzel
Abk. Gerichtsvollzieherverband	Abk. Reichsmark		gewerkschaftl. Dachverband						
Kfz-Kennzeichen Karlsruhe		Abk. Bundesarbeitsgericht	Kfz-Kennzeichen Duisburg		gerichtl. Software				Fluss zum Rhein von der Eifel
		Abk. Deutsche Bahn							
Linker Nebenfluss der Donau in der Oberpfalz									
	Farbe der Sonne		Vorläufer des ICE (Abk.)						
		Kfz-Kennzeichen Trier							Größte Dachorganisation von Einzelgewerkschaften
Flughafen, der nicht fertig werden will				Kfz-Kennzeichen Trier	<b>DJG</b>		Kfz-Kennzeichen Karlsruhe		
		Urkunde über Bestellung Vormund	Kfz-Kennzeichen von Freiburg / Breisgau		Stadt an der Zwickauer Mulde				

## Impressum:

### Herausgeber:

Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.  
Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion

### V.i.S.d.P.:

Emanuel Schmidt  
Bundesvorsitzender  
Geschäftsstelle:  
Saarbrücker Str. 69  
66625 Nohfelden-Türkismühle  
geschaeftsstelle@djg.de

### Redaktion/Layout:

DJG-Bundesleitung

### Bildmaterial:

D. Hesse, S. Gölzenleuchter, D. Biegel,  
M. Franke, S. Wenzel, M. Rieck

### Autoren:

Emanuel Schmidt (ES)  
Silke Gölzenleuchter (SG)  
Heidi Stuffer (HS)  
Julia Konrad (JK)  
Martin Franke (MF)  
Dirk Biegel (DB)  
Michaela Rieck (MR)  
Sabine Wenzel (SW)

Für die veröffentlichten Artikel ist der jeweilige Autor(in) verantwortlich.



**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNG

## Einkommenschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

[www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)

